

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 56 846 ppbn d

Inhalt

Renate Schmidt MdB fordert von der Bundesregierung konkrete Programme zur Lösung der Lehrstellenmisere. Seite 1

Rolf Seebauer MdL: Strauß muß Ordnung schaffen im Dschungel seiner Aufsichtsratsmandate. Seite 2

Liesel Hartenstein MdB weist darauf hin, daß bald 30 Prozent unserer Wälder unheilbar krank sein werden. Seite 3

Horst Peter MdB hält für Minister Geißler eine Lektion in Sachen Geschichtsunterricht parat. Seite 4

38. Jahrgang / 142

28. Juli 1983

Appelle - und nichts als Appelle

In der Lehrstellenfrage hat die Regierung nichts zu bieten

Von Renate Schmidt MdB

Die nach wie vor unbefriedigende Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat nach den Worten der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft einen einfachen Grund: Mehr Jugendliche als früher melden sich beim Arbeitsamt, während gleichzeitig weniger Betriebe dem Arbeitsamt ihre Ausbildungsstellen mitteilen. Angeblich gibt es deshalb in diesem Sommer sehr viel mehr Bewegung auf dem Ausbildungsstellenmarkt als in den Jahren vorher.

Im Interesse der Jugendlichen ist zu wünschen, daß die Bildungsministerin mit ihrer simplen Erklärung recht hat und Jugendliche, die sich oft schon vielfach vergeblich beworben haben, doch noch einen Ausbildungsplatz finden.

Die Maßnahme für die Sozialdemokraten wird das Versprechen des Kanzlers sein, der jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zugesagt hat. Da aber selbst nach den Worten der Bildungsministerin bisher nur zwei Drittel aller Jugendlichen untergebracht sind, bleibt es erstaunlich, daß die Regierung - wie gestern wiederum die Bildungsministerin - lediglich Appelle und Aufrufe erläßt, statt Programme vorzubereiten und vorzuschlagen, wie das die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion in ihrem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit konkreten und sofort wirksamen Vorschlägen getan hat. (-/28.7.1983/bgy/va)

+ + +



Strauß und die Lust am Flugverkehr

Der CSU-Politiker verheddert sich in seine Aufsichtsratsmandate

Von Rolf Seebauer MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Als eifriger Sammler von Aufsichtsratsposten betätigt sich seit längerer Zeit der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Seit einiger Zeit schon Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus GmbH, einer MBB-Tochter, ließ sich Strauß jetzt in den Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa und in den Aufsichtsrat des Luftfahrtkonzerns MBB wählen.

Nach meiner Auffassung sind damit Konfliktsituationen vorprogrammiert, die sich hätten vermeiden lassen, wenn Strauß in seinem Drang nach Aufsichtsratsmandaten etwas bescheidener gewesen wäre. Airbus entwickelt Flugzeuge und befindet sich bekanntlich in sehr starker Konkurrenz zu amerikanischen Flugzeugfirmen. MBB ist Auftragnehmer von Airbus. Und beide zusammen, MBB und Airbus, sind Lieferanten der Lufthansa.

Zur Zeit ist die Lufthansa überwiegend mit Boeing-Maschinen ausgerüstet und wird natürlich versuchen, MBB/Airbus gegen Boeing auszuspielen. Wie verhält sich dann das dreifache AR-Mitglied Franz Josef Strauß? Pro Lufthansa? Oder pro Airbus? Außerdem müßte Strauß im Aufsichtsrat der Lufthansa dem Erwerb von Boeing-Maschinen zustimmen, falls diese im Preis/Leistungsverhältnis günstiger sein sollten als Airbus. Das dürfte ein ziemliches Durcheinander bei dem MBB-Airbus-Lufthansa-Aufsichtsrat Strauß auslösen.

Ich habe den Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß brieflich auf diese möglichen Interessenkonflikte hingewiesen und ihn aufgefordert, diese unglückliche Konstellation, die zu Interessenkonflikten führen muß, durch Verzicht auf seine Mandate entweder auf der Nachfrageseite (Lufthansa) oder auf der Anbieterseite (MBB/Airbus) aufzulösen.

Es mag ja sein, daß Franz Josef Strauß in letzter Zeit besonderen Gefallen an seiner Rolle als "Privatmakler" gefunden hat. Bei der Interessenvertretung und Kontrolle von Firmen über den Aufsichtsrat sollte jedoch strikt vermieden werden, daß die handelnden Personen auf der Anbieter- und Nachfrageseite die gleichen sind.

+ + + (-/28.7.1983/hgy/va)



Ein Drittel des Waldes krank?

Unser Notprogramm gegen das Waldsterben wird immer dringender

Von Liesel Hartenstein MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seit wenigen Wochen ist die Großfeuerungsanlagen-Verordnung in Kraft. Angesichts der alarmierenden Entwicklung in unseren Wäldern war es gewiß höchste Zeit, die von der sozialliberalen Regierung in mehrjähriger mühevoller Abstimmung mit den Ländern vorbereitete Verordnung endlich zu verwirklichen.

Nur: Die Zimmermann-Fassung wird sich leider als stumpfes Instrument erweisen, das kaum geeignet ist, einen raschen Stopp des Waldsterbens herbeizuführen. Wenn der Bundesinnenminister sagt, damit werde der SO₂-Ausstoß um jährlich 1,2 Millionen Tonnen gedrosselt, dann müßte er auch wahrheitsgemäß hinzufügen, daß damit lediglich ein Drittel des Gesamtausstoßes in der Bundesrepublik erfaßt wird; und er müßte außerdem sagen, von welchem Zeitpunkt ab das Klassenziel erreicht werden soll, nämlich erst in zehn Jahren! Bis dahin verdorren Tannen, Fichten und Buchen millionenfach.

Laut BMI werden etwa 200 Altanlagen betroffen sein. Zugegeben, es sind Großanlagen, die auch die große Masse an Schmutz bringen. Aber nicht 200, sondern 1.500 Altanlagen sind in unserem Land sanierungsbedürftig. Um dies zu ermöglichen und die Kosten nicht einseitig auf den Kohlestrom abzuwälzen, sind neue Wege zu beschreiten, zum Beispiel die Einführung eines "Waldpfennig". Denn die Erhaltung unserer Wälder ist ein öffentliches Anliegen, zu dem auch die Allgemeinheit beitragen muß.

In einigen Wochen, wenn die neue Erhebung vorliegt, wird sich zeigen, daß nicht mehr acht Prozent, sondern wahrscheinlich 20 bis 30 Prozent der Waldbestände krank sind. Im Schwarzwald gibt es kaum gesunde Tannen mehr. Die SPD-Fraktion fordert deshalb erneut die Verwirklichung des von ihr vorgelegten "Notprogramms", insbesondere

- Verkürzung der Übergangsfristen,
- drastische Einschränkung der Ausnahmeregelungen,
- Stilllegung nicht mehr sanierungsfähiger Altanlagen nach spätestens fünf Jahren,
- Verabschiedung eines Schwefel- bzw. Schadstoffabgabegesetzes gemäß dem hessischen Entwurf,
- Abgasentgiftung und Einführung bleifreien Benzins am 1. Januar 1985,
- sofortige Novellierung der TA Luft mit niedrigeren Immissionsgrenzwerten und Neufassung des Teils III (Emissionen),
- Entschwefelung des schweren Heizöls.

Nur ein Maßnahmenbündel kann Abhilfe bringen; wir können es uns nicht leisten, auf dem ersten Drittel des Weges stehenzubleiben.

Umweltschutzinvestitionen zur Rettung des Waldes verursachen nicht nur Kosten, sie schaffen auch einige hunderttausend Arbeitsplätze, und zwar für viele Jahre.

+ + + (-/28.7.1983/bgy/va)



Geißler hält sich jetzt bedeckt

Dennoch: Nachhilfe für einen unbußfertigen Minister

Von Horst Peter MdB

Die Herren der Union machen ständig auf Geschichte. Sie beklagen mangelnden Geschichtsunterricht und den Verlust des Geschichtsbewußtseins. Sie dagegen haben die große historische Phrase immer parat. Wir erinnern uns gern an das historische Stühlerücken zwischen Golo Mann und F.J. Strauß (Selbsteinschätzung: "ein historisch gebildeter Mensch mit mehreren Diplom-Examen") im Vorfeld der Wahl 1980. Auch an das "historische" Seifenblasenstechen des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung. Historische Geisterbeschwörungen - die als geistig-moralische Erneuerung feilgeboten werden.

Dr. Geißler kann freilich für seine bewußten Fehlgriffe in die Klamottenkiste konservativer Argumentationsstränge nicht mangelhaften Geschichtsunterricht vorschützen. Er hat, nicht durch sozialistische Rahmenrichtlinien eingeschränkt, Geschichtsunterricht nach dem Geschmack der Union genossen. Historischer Nachhilfeunterricht ist trotzdem notwendig. Dr. Geißler hat erkannt, daß der Hauptschuldige an Auschwitz, wenn auch fahrlässig und ungewollt, der Pazifismus war. Er habe dem Faschismus Vorschub geleistet, weil er die europäischen Demokraten in ihrem Kampf gegen den Faschismus behindert habe. Nun ist dies schon deswegen verquer, weil der Faschismus, bevor er von außen bekämpft werden konnte, erst einmal von innen in die Macht eingesetzt werden und an der Macht gehalten werden mußte.

Stalin soll einmal gefragt haben, wieviel Divisionen der Papst unterhalte - er verfügt nur über die Schweizer Garde. Pazifismus?

Der Abschluß des Reichskonkordates, knapp sechs Monate nach der Machteinsetzung des Faschismus, hat dem noch nicht sattelfesten Regime internationale Reputation verschafft und zur Stabilisierung der faschistischen Herrschaft beigetragen. Wie beurteilt Dr. Geißler wohl dieses Verhalten des Vatikans und des Zentrums, das in die Vorbereitungen verstrickt war?

Der Antikommunismus und der Wunsch, endlich das Konkordat abschließen zu können, führten im Vatikan zu der Einschätzung, daß "eine autoritäre Staatsform die stabilste und zuverlässigste sei", berichtete Heinrich Brüning nach einem Besuch in Rom 1931. Der Papst meinte, "ich müsse eben mit Rücksicht auf ein Reichskonkordat eine Regierung der Rechten bilden... Ich erklärte ihm, er verkenne die Natur des Nationalsozialismus".

Der Zentrumsführer Kaas - "mehr treuer Kirchendiener als Verfassungsfreund", so der Zeit-Redakteur H. J. Stehle, ließ daher das Zentrum 1933 für das Ermächtigungsgesetz stimmen. Stehle weiter: Dies habe die Möglichkeit geboten - "wie es in einem internen Regierungsdokument hieß" ... "den Wünschen des Vatikans auch ohne Zuziehung des Reichstages in vollem Maße zu entsprechen. Hitler, der innen- und außenpolitisch nichts als einen Prestigegewinn im Auge hatte", schickte Papen und Kaas nach Rom und ließ einen Abschluß in Rekordzeit zu. 21 von 33 Artikeln des Konkordates kamen dem Vatikan entgegen, nur fünf verpflichteten Rom "auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse".

Hitler erklärte im Kabinett am 14. Juli 1933, man müsse die Chance sehen, die das Konkordat biete und "die bei dem vordringlichen Kampf gegen das Internationale Judentum besonders bedeutungsvoll sei. Pius XI soll laut Papen erklärt haben, er habe dem Vertrag zugestimmt "aus der Erkenntnis, daß das neue Deutschland eine entscheidende



Schlacht gegen den Bolschewismus und die Gottlosenbewegung geschlagen habe".

Das Konkordat half im Übrigen im voraus die Wiederaufrüstung Deutschlands zu legalisieren. Ein Zusatzprotokoll regelte die Behandlung der Geistlichen für den Fall der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Ein Ergebnis der Verhandlungen muß auch die Auflösung des Zentrums gewesen sein. Am 3. Juli telegraphierte Papen nach Berlin: "...daß Auflösung Zentrumspartei mit Abschluß Konkordats hier als feststehend betrachtet und gebilligt wird..." Am 4. Juli löste sich die Bayerische Volkspartei auf, am 5. Juli das Zentrum. Die NSDAP, die in der Weimarer Republik gegen den Abschluß des Konkordats gekämpft hatte, konnte Staatspartei werden.

Das Konkordat wurde von den Nazis bereits gebrochen, als die Tinte noch nicht trocken war. Doch dies nahm der Vatikan wegen der erhofften langwirkenden Bindungen des Vertrages wohl in Kauf: Er erhielt unter anderem dadurch Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, wenn auch erst nach 1945. Als die Alliierten im August 1946 erklärten, sie betrachteten das Konkordat als nicht mehr gültig, protestierten die deutschen Bischöfe. 1957 erklärte dann das Bundesverfassungsgericht das Konkordat für die Bundesrepublik als weiterhin gültig.

Globke und der Antisemitismus

Dr. Geißler hat in der Debatte über den Antrag an den Bundeskanzler, Dr. Geißler als Bundesminister zu entlasten, versucht, sich herauszureden. Der Antisemitismus trage selbstverständlich die Hauptschuld. Auch hier hat er Nachhilfeunterricht nötig.

Raul Hilberg hat 1961 seine Studie "Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Geschichte des Holocaust" veröffentlicht, die 1982 (!) endlich auch in der Bundesrepublik erschienen ist. Er berichtet, daß der erste Schritt zur Judenvernichtung im Dezember 1932 getan wurde. Im preußischen Innenministerium wurde eine interne Anordnung erlassen, wonach die Genehmigung von Namensänderungen zu untersagen sei, wenn Juden damit versuchten, "ihre jüdische Abkunft ... zu verschleiern". Das war der erste Schritt zur administrativen Erfassung derjenigen, die später ermordet wurden. Verfasser der Anordnung: Dr. Globke, ehemals Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Als der grüne Abgeordnete Fischer den Namen Globke in der bayerischen Debatte erwähnte, haben die Unionsabgeordneten nur krakeelt. Sie kennen keine Scham.

Denn sie sollten sich, wenn sie einmal wieder geschichtsbewußt tun, auch einmal dem Stammland der Wende, damals und heute zuwenden.



Die Christlich-Soziale in Bayern 1903: Die Ketten, "mit welchen das Judentum und dessen Dienstmann, 'der Judenliberalismus', in schmälicher Gemeinschaft, mit allen Mitteln der Hinterlist und der feigen Grausamkeit unser Volk fesselt..." (müssen gesprengt werden). "Vereinigt Euch in brüderlicher Liebe gegen den Todfeind des Deutschtums, den Judenkapitalismus und die asiatische Geldmoral!" Tretet am 16. Juni (Reichstagswahl 1903) für diejenige Partei ein, "von welcher das fremde Parasitenvolk mit Entschlossenheit und nach Gebühr bekämpft wird. Nieder mit allen Schwächlingen und Humanitätsduslern".

Auch mit der Bayerischen Volkspartei verhielt es sich nicht viel besser. Dr. Geißler sollte einmal nachlesen, was Wilhelm Hoegner über die Rolle des späteren CSU-Mitbegründers und Ministers Schöffler und den bayerischen Justizminister Girtner ("Die Nationalsozialisten sind Fleisch von unserem Fleische") zu berichten weiß. Diese Vorläuferpartei der CSU bekundete gegenüber der Weimarer Republik nie mehr als formale Loyalität, obwohl sie in vielen Reichsregierungen vertreten war. Autoritären Lösungen nicht abhold, war sie eine fragwürdige Stütze der Republik und betrachtete Bayern als "Ordnungszelle"!

Dr. Geißlers Pazifismus-Auschwitz-These wird bald in neonazistischen Konventikelschriften auftauchen. Die Verantwortung für die Lawine, die er mit dieser Äußerung losgetreten hat, muß er tragen und wir dürfen ihn da nicht herauslassen. Den Krakeelern der Unionsparteien ist zu empfehlen, mit der Aufarbeitung des Verlustes der Geschichte bei sich selbst zu beginnen.

(-/28,7.1983/bgy/va)

+ + +

